



DER LANGE WEG ZUR GERECHTIGKEIT

MENSCHENRECHTE IN DEN PHILIPPINEN 2026



ÜBER DAS AKTIONSBÜNDNIS MENSCHENRECHTE – PHILIPPINEN

Das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (AMP) wirkt durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit auf politische Entscheider:innen und Multiplikator:innen in Deutschland, Österreich sowie auf EU- und UN-Ebene mit dem Ziel ein, zu einer Verbesserung der Menschenrechtssituation in den Philippinen beizutragen. Trägerorganisationen des Bündnisses sind Amnesty International Deutschland, Brot für die Welt, die Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar, das International Peace Observers Network e.V., Misereor, Missio-München, das philippinenbüro e.V. und die Vereinte Evangelische Mission. Thematische Schwerpunkte der Arbeit sind außergerichtliche Hinrichtungen, Verschwindenlassen und konstruierte Anklagen gegen politische Aktivist:innen. Zudem thematisiert das AMP die zugrundeliegenden strukturellen Probleme der Straflosigkeit und des eingeschränkten zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums.

Das AMP wurde 2007 von kirchlichen Gruppen und Nichtregierungsorganisationen in Deutschland gegründet, die seit vielen Jahren Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Aktivist:innen und Netzwerken in den Philippinen unterhalten. Das AMP reagierte damit auf Berichte dieser philippinischen Partner:innen, wonach die Zahl der politisch motivierten Tötungen und anderer schwerer Menschenrechtsverletzungen seit 2001 signifikant zugenommen hatte. Unter den Todesopfern und jenen, die mit konstruierten Anklagen kriminalisiert oder spurlos verschwunden gelassen wurden, befanden sich auch Mitarbeitende und Menschenrechtsverteidiger:innen dieser Partner:innennetzwerke.

IMPRESSUM

© 2026, Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen, Köln
Redaktion: Astrud Lea Beringer, Mirjam Overhoff, Hannah Wolf
Texte: Astrud Lea Beringer
Übersetzung: Sue Pickett, Köln
Lektorat: Inken Kiupel, Haan
Gestaltung und Layout: Zaadstra Design, Köln
Druck: DieUmweltdruckerei
Redaktionsschluss: 27. Mai 2026

ISBN 978-3-9829091-0-3

Fotos: Raffy Lerma (Titel), Erwin Mascariñas/Global Witness (S. 2/3), Alyansa Tigil Mina (S. 6, S. 21), Philippine Alliance of Human Rights Advocates (S. 8, S. 14), AMP (S. 11), Karapatan (S. 12), Gene Roz Jamil „Bazoo“ De Jesus (S. 16), Dexter Capuyan (S. 16), Felix Salaveria (S. 17), Community Empowerment Resource Network (S. 18), Jazmin Jerusalem (S. 19)



INHALTSVERZEICHNIS

ABKÜRZUNGEN	5
VORWORT	6
SCHLAGLICHT I – DER LANGE WEG ZUR GERECHTIGKEIT	8
SCHLAGLICHT II – MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER:INNEN ZU STAATSFEIND:INNEN ERKLÄRT	12
<i>Fall: Gene Roz Jamil „Bazoo“ De Jesus und Dexter Capuyan</i>	16
<i>Fall: Felix Salaveria Jr.</i>	17
<i>Fall: CERNET 27</i>	18
<i>Fall: Leyte Center for Development</i>	19
SCHLAGLICHT III – INTERNATIONALER HANDEL GEFÄHRDET RECHTE INDIGENER VÖLKER	21
HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	23
ENDNOTEN	26
LISTE GETÖTETER MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER:INNEN UND JOURNALIST:INNEN IN DEN PHILIPPINEN	27

ABKÜRZUNGEN

AFP	Armed Forces of the Philippines	IPRA	Indigenous Peoples' Rights Act	TABAK	Tunay na Alyansa ng Bayan Alay sa mga Katutubo („Wahre Allianz des Volkes im Dienste der indigenen Völker“)
AMLC	Anti-Money Laundering Council	IStGH	Internationaler Strafgerichtshof	TFIP	Philippine Task Force for Indigenous Peoples' Rights
AMP	Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen	KADUAMI	Katinnulong Daguiti Umili iti Amianan („Zusammenarbeit der Menschen im Norden“)	TJP	Trade Justice Pilipinas
ATA	Anti-Terrorism Act	KATRIBU	Kabataan para sa Tribung Pilipino („Jugend für die philippinischen Indigenen“)	UN	United Nations
ATM	Alyansa Tigil Mina	LCDe	Leyte Center for Development	UNHRC	United Nations Human Rights Council
CERNET	Community Empowerment Resource Network	NFI	National Forensic Institute		
CHR	Commission on Human Rights	NPA	New People's Army		
CIDG	Criminal Investigation and Detection Group	NPO	Nonprofit-Organisation		
CPP	Communist Party of the Philippines	NRO	Nichtregierungsorganisation		
CYCAD	Cycling Advocates	NTF-ELCAC	National Task Force to End Local Communist Armed Conflict		
EJK	Extrajudicial Killing	OHCHR	Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights		
EU	Europäische Union	PDG	Paghidaet sa Kauswagan Development Group („Friede im Aufbau Entwicklungsgruppe“)		
FHA	Freihandelsabkommen	PNP	Philippine National Police		
FATF	Financial Action Task Force				
FPIC	Free, Prior and Informed Consent				
GSP	Generalized Scheme of Preferences				
HRDP-Act	Human Rights Defenders Protection Act				

VORWORT

Bewohner:innen von Sibuyan Island in der Provinz Romblon errichten im Februar 2023 eine Barrikade, um gegen Aktivitäten eines Bergbauunternehmens zu protestieren.



Seit 2007 setzt sich das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (AMP) durch seine Advocacy-Arbeit für eine Verbesserung der Menschenrechtslage in den Philippinen ein. Dazu dokumentiert das AMP Menschenrechtsverletzungen und berichtet über die Situation von Menschenrechtsverteidiger:innen in den Philippinen. Seit 2014 veröffentlicht das Netzwerk regelmäßig Berichte zur Lage der Menschenrechte mit konkreten Handlungsempfehlungen für politische Entscheidungsträger:innen. Darin werden die Muster von Menschenrechtsverletzungen und politischer Verfolgung an Fallbeispielen von Menschenrechtsverteidiger:innen und ihren Organisationen verdeutlicht.

Der AMP-Menschenrechtsbericht von 2026 zeigt auf, dass die Regierung von Präsident Ferdinand Marcos Jr. keine nennenswerte Verbesserung der Menschenrechts-

lage erzielt hat. Ganz im Gegenteil: Straflosigkeit und die politische Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger:innen bestehen nach wie vor.

Drogenbezogene Tötungenⁱ und Polizeigewalt finden weiterhin statt. Die nationale strafrechtliche Aufarbeitung von mindestens 27.000 außergerichtlichen Hinrichtungen im Zusammenhang mit dem sogenannten „Krieg gegen die Drogen“, den der ehemalige Präsident Rodrigo Duterte

ⁱ Das Dahas-Projekt der University of the Philippines definiert eine „drogenbezogene Tötung“ als Tötungsdelikt, das im Zusammenhang mit Drogen steht und bei dem das Opfer gewaltsam getötet wird (z. B. zu Tode geprügelt, erschossen oder erstochen) sowie mindestens eines der von Dahas festgelegten Kriterien erfüllt (siehe bit.ly/4tT18Ho). „Dahas“ bedeutet auf Tagalog „Gewalt“ und ist ein Projekt des Third World Studies Center am College of Social Science and Philosophy an der University of the Philippines. Dahas dokumentiert seit Juni 2018 drogenbezogene Tötungsfälle in den Philippinen.

2016 begonnen hatte, ist mit insgesamt fünf Verurteilungen von Tätern absolut unzureichend. Präsident Marcos Jr. hat zwar im März 2025 die Verhaftung von Rodrigo Duterte durch Interpol aufgrund einer Anklage des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) wegen mutmaßlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit zugelassen. Seine Regierung hat jedoch keine wirksamen Maßnahmen ergriffen und keinen ernsthaften politischen Willen gezeigt, die Verantwortlichen der Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen und weitere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Der Weg hin zu einer vollständigen Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen in den Philippinen ist noch weit.

Menschenrechtsverteidiger:innen werden auch unter Präsident Marcos Jr. verfolgt. Dies geschieht u.a. auf der Basis von Anklagen wegen angeblicher Terrorismusfinanzierung. Der Menschenrechtsbericht beschreibt die Muster dieser konstruierten Anklagen und weist auf die erheblichen Risiken für die Menschenrechtsarbeit in den Philippinen hin. 13 Menschenrechtsverteidiger:innen wurden nach Aufzeichnungen des AMP seit Amtsbeginn von Präsident Marcos Jr. am 30. Juni 2022 Opfer von gewaltsamem Verschwindenlassenⁱⁱ. Sieben Menschenrechtsverteidiger:innen werden nach wie vor vermisst. In mindestens zwei Fällen von Verschwindenlassen, die in diesem Bericht angeführt werden, stellten Gerichte fest, dass Regierungsbehörden ihre Pflicht zu gründlichen Untersuchungen vernachlässigt hatten. Neben fehlenden forensischen Kapazitäten trägt auch die völlig unzureichende Bereitschaft von Polizei und Militär, mit der philippinischen Menschenrechtskommission, Angehörigen von Opfern und den unterstützenden Menschenrechtsorganisationen zusammenzuarbeiten, wesentlich zur Straflosigkeit bei.

Auch die Kommission der Europäischen Union (EU) hat 2026 an menschenrechtlicher Glaubwürdigkeit eingebüßt, indem sie trotz ungelöster Menschenrechtsprobleme ein bilaterales Freihandelsabkommen mit den Philippinen verhandelt hat. Die Diversifizierung von Rohstoffimporten, insbesondere von kritischen Mineralien, darf nicht dazu führen, dass Menschenrechts-

probleme im Land ausgeblendet werden. Aus Sicht vieler Menschenrechtsorganisationen ist es fahrlässig, den Green Deal innerhalb der EU voranzutreiben, wenn dies zugleich mit einer zunehmenden Gefährdung der Menschenrechte im Globalen Süden einhergeht. Menschenrechte sind universell und nicht verhandelbar. Sie dürfen nicht zugunsten regionaler Interessen, etwa der EU, beeinträchtigt werden. Um einer weltweit zunehmend autoritären Regierungslandschaft entgegenzuwirken, ist es heute wichtiger denn je, funktionierende Demokratien und Rechtsstaatlichkeit unabhängig von wirtschaftlichen und staatlichen Interessen zu stärken. Dazu gehören auch die Gewährleistung der Menschenrechte und der Schutz ihrer Verteidiger:innen.

Dieser sechste AMP-Menschenrechtsbericht schließt mit Empfehlungen, die sich an politische Entscheidungsträger:innen der internationalen Staatengemeinschaft richten. Das AMP fordert darin u.a. dazu auf, dass die philippinische Regierung klare Maßnahmen zur Beendigung von Straflosigkeit, zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen und zur Zusammenarbeit mit internationalen Menschenrechtsmechanismen ergreifen sollte.

Für den Trägerkreis des Aktionsbündnisses Menschenrechte – Philippinen:

Dr. Janina Dannenberg

International Peace Observers Network e. V.

ⁱⁱ Verschwindenlassen bedeutet, dass staatliche Akteur:innen daran beteiligt sind, Opfer zu entführen, gefangen zu halten und ihren Aufenthaltsort zu verschleiern. Diese Praktik wurde bereits unter vielen Vorgängerregierungen systematisch durchgeführt.

SCHLAGLICHT I – DER LANGE WEG ZUR GERECHTIGKEIT

Unterstützer:innen des IStGH-Verfahrens gegen Rodrigo Duterte versammeln sich anlässlich der Anhörungen zu Anklagebestätigung im Februar 2026 in Manila.



Das aktuelle Verfahren des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gegen den ehemaligen Präsidenten Rodrigo Duterte ist ein erster wesentlicher Schritt in Richtung Gerechtigkeit. Ihm werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen im Zusammenhang mit Zehntausenden Morden in seinem sogenannten „Krieg gegen die Drogen“. Außergerichtliche Hinrichtungen und drogenbezogene Tötungen, unrechtmäßige Verhaftungen, Polizeigewalt und absolute Straflosigkeit halten jedoch an, während die nationale strafrechtliche Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen weiterhin stillsteht.

Zehn Jahre sind seit dem Beginn des sogenannten Kriegs gegen die Drogen unter Ex-Präsident Rodrigo Duterte (2016–2022) vergangen, in dem mindestens 27.000 Menschenⁱⁱⁱ u. a. von staatlichen Sicherheitskräften getötet wurden.

ⁱⁱⁱ Die jüngste veröffentlichte Regierungsstatistik zu Tötungen im Zuge von sogenannten Anti-Drogen-Operationen von staatlichen Sicherheitskräften nennt 6.252 Fälle zwischen dem 1. Juli 2016 und dem 31. Mai 2022. Die philippinische Menschenrechtskommission schätzt zwischen 2016 und 2018 mindestens 27.000 Fälle von außergerichtlichen Hinrichtungen im Kontext des „Kriegs gegen die Drogen“, dabei werden Tötungen durch staatliche Sicherheitskräfte sowie nicht identifizierte Täter:innen miteingeschlossen.

Regierung von Präsident Ferdinand Marcos Jr.^{iv} sind keinerlei Anzeichen für eine umfassende politische und juristische Aufarbeitung der vergangenen und anhaltenden Menschenrechtsverletzungen zu erkennen.

GERINGE AUSSICHT AUF GERECHTIGKEIT DURCH NATIONALE GERICHTE

Gerechtigkeit auf nationaler Ebene zu erlangen, ist für die Opfer des „Kriegs gegen die Drogen“ und ihre Angehörigen weiterhin nahezu unmöglich. Einerseits liegt dies am fehlenden politischen Willen und der schwachen Rechtsstaatlichkeit in den Philippinen. Andererseits werden die Tötungen forensisch nur unzureichend aufgearbeitet, der Zugang zu Polizei- und Autopsieberichten ist limitiert und strafrechtliche Untersuchungen erfolgen lückenhaft. Die Beweislage reicht in vielen Fällen nicht aus, um überhaupt eine Anklage vor Gericht zu erwirken. Die philippinische Menschenrechtskommission

^{iv} Ferdinand Marcos Jr. trat am 30. Juni 2022 das Amt des Präsidenten der Philippinen an. Seine reguläre Amtszeit endet mit dem 30. Juni 2028.

(Commission on Human Rights/CHR) sieht in der verweigerten Zusammenarbeit der philippinischen Nationalpolizei (Philippine National Police/PNP)² ein grundlegendes Problem: Der fehlende Zugang³ zu Polizeiberichten, insbesondere bei drogenbezogenen und außergerichtlichen Tötungsfällen, erschwere die Untersuchungsarbeit der CHR erheblich. Zudem hindere dies Familien daran, Informationen zu den Todesumständen ihrer Angehörigen zu erhalten. Die PNP begründet ihr Vorgehen meist mit dem Verweis auf eine Richtlinie zur Informationsfreiheit aus dem Jahr 2016 (Executive Order No. 2)⁴. Dieser zufolge dürfen Regierungsbehörden den Zugang zu Fallakten verweigern und Informationen zurückhalten, die die nationale Sicherheit beeinträchtigen könnten.

Im Jahr 2024 benannte die CHR diese Herausforderungen im Rahmen einer gemeinsamen Untersuchung von vier Ausschüssen des Repräsentant:innenhauses. In diesen sogenannten „Quad-Com“-Anhörungen untersuchten die Abgeordneten mögliche Verbindungen zwischen dem illegalen Drogenhandel, philippinischen Offshore-Glücksspielbetreiber:innen, außergerichtlichen Hinrichtungen (Extrajudicial Killings/EJK) und Menschenrechtsverletzungen unter der Regierung von Ex-Präsident Rodrigo Duterte.⁵ Zwei Jahre später ist die Situation jedoch unverändert. Lokalen Menschenrechtsorganisationen zufolge zeigt das Justizministerium kein ernsthaftes Interesse, die mutmaßlichen Straftäter:innen zur Rechenschaft zu ziehen. Das Justizministerium suche vorrangig nach Fällen mit „besonders guter“ Beweislage. Andere Fälle lehne es ab, obwohl die Opfer und ihre Angehörigen Bereitschaft zur Zusammenarbeit zeigten. Zudem sei die Angst der Opfer und ihrer Angehörigen vor Vergeltungsmaßnahmen durch die Täter:innen weiterhin groß. Die von den Behörden angebotenen Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen für Zeug:innen, Opfer und ihre Angehörigen seien oft nicht ausreichend.

Nachforschungen der philippinischen Nachrichtenagentur Rappler im Jahr 2024 haben gezeigt, dass es in keinem einzigen der 52 drogenbezogenen Tötungsfälle, die die PNP an das Justizministerium zur Untersuchung weitergeleitet hat, zu einer Strafanzeige gekommen ist.⁶ Seit 2016 kam es zu nur fünf Verurteilungen von neun Polizisten in insgesamt vier Fällen außergerichtlicher

Hinrichtungen im Zusammenhang mit staatlichen Anti-Drogen-Operationen⁷ – vier Verurteilungen fanden unter der aktuellen Regierung von Präsident Marcos Jr. statt.

WAHRHEITSKOMMISSION ERFORDERLICH

Neben Gerechtigkeit fordern die Betroffenen des „Kriegs gegen die Drogen“ auch Aufklärung, öffentliches Gedenken und staatliche Entschädigungen. Wahrheitsfindung, das Ablegen von Zeug:innenschaft wie auch die öffentliche Anerkennung der Gräueltaten sind von großer Bedeutung für die Überlebenden, die Opfer und ihre Angehörigen. Einzelne Kirchenvertreter:innen, Menschenrechtsorganisationen⁷ und Kongressabgeordnete haben wiederholt gefordert, eine Wahrheitskommission als Teil der Aufarbeitung des „Kriegs gegen die Drogen“ einzurichten. Dem ist die philippinische Regierung bisher jedoch nicht nachgekommen. Am 27. Mai 2026 richteten Vertreter:innen der katholischen Kirche, angeführt durch Kardinal Pablo Virgilio David, eine zivilgesellschaftlich geleitete Wahrheitskommission ein. Das Ziel der Kommission ist die Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen des „Kriegs gegen die Drogen“, Wahrheitsfindung, Anerkennung der Betroffenen als Opfer, Unterstützung zur Trauma-Bewältigung und gesellschaftliche Heilung. Die Kommission untersucht auch Verbrechen, die außerhalb des Untersuchungszeitraums des IStGH liegen, und soll die Strafverfolgung der Täter:innen vor nationalen Gerichten unterstützen.⁸ Die Wahrheitskommission bietet den Betroffenen, insbesondere denjenigen, die nicht am IStGH-Prozess teilnehmen können, eine Aussicht auf Gerechtigkeit.

Die im Mai 2024 begonnene „Quad-Com“-Untersuchung⁹ stellte eine erste offizielle Möglichkeit für Betroffene dar, zur Wahrheit- und Gerechtigkeitsfindung beizutragen. In den Anhörungen sprachen Opfer und ihre Angehörigen, aber auch Regierungsbeamt:innen sowie der ehemalige Präsident Rodrigo Duterte. Basie-

^v Drei Polizisten wurden 2018 für den Mord an Kian delos Santos verurteilt, ein Polizist (im Jahr 2022 bzw. 2023) für die Folter und den Mord an Carl Angelo Arnaiz und Reynaldo de Guzman, vier Polizisten (2024) für die Tötung von Luis und Gabriel Bonifacio und ein Polizist (2025) für den Mord an Ryan Dave Almora.

rend auf Aussagen von leitenden Polizeibeamt:innen und Duterte selbst kam die Untersuchung im Dezember 2024 zu dem Schluss, dass ein systematisches Töten stattgefunden und institutionelle Straflosigkeit vorgeherrscht hat.¹⁰ In seinem Bericht empfahl der Ausschuss die Schaffung eines sogenannten „Anti-EJK-Gesetzes“ (House Bill No. 10986),¹¹ um eine Definition von EJK rechtlich festzulegen und deren strafrechtliche Verfolgung zu ermöglichen.¹² Der Empfehlung der Abgeordneten, Anklage gegen Rodrigo Duterte sowie die Senatoren Ronald Dela Rosa und Christopher Go wegen mutmaßlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu erheben, folgte die Regierung bislang nicht. Im Januar 2025 wurden die Untersuchungen der „Quad-Com“ wegen eines Amtsenthebungsverfahrens¹³ gegen Vizepräsidentin Sara Duterte^{vi}, der Tochter von Rodrigo Duterte, und wegen der Zwischenwahlen im Mai 2025^{vii} vorerst eingestellt.

vi Das Amtsenthebungsverfahren gegen Sara Duterte folgte auf eine Klage, in der ihr u.a. der Verrat des öffentlichen Vertrauens und Verbrechen im Zusammenhang mit einer Morddrohung gegen Präsident Ferdinand Marcos Jr., seine Ehefrau Liza Araneta Marcos und den ehemaligen Sprecher des Repräsentant:innenhauses Ferdinand Martin Romualdez im Jahr 2024 vorgeworfen wurde. Die Klage umfasste auch Vorwürfe der Bestechung und Korruption im Zusammenhang mit dem Missbrauch von Geldern aus dem Bildungsministerium und dem Büro der Vizepräsidentin. Das philippinische Repräsentant:innenhaus stimmte am 5. Februar 2025 für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Sara Duterte. Der Senat sprach sich jedoch am 6. August 2025 dagegen aus, nachdem der Oberste Gerichtshof die Klage am 25. Juli 2025 für ungültig erklärt hatte. Das Verfahren wurde eingestellt. Im Januar 2026 wurden weitere Klagen gegen Sara Duterte erhoben, um ein erneutes Amtsenthebungsverfahren anzustrengen. Am 11. Mai 2026 stimmte das Repräsentant:innenhaus erneut für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Sara Duterte.

vii In den Zwischenwahlen am 12. Mai 2025 wurden 12 von 24 Senator:innen neu gewählt, von denen fünf der Duterte-Fraktion zugeschrieben werden, fünf der Marcos-Fraktion und zwei der Opposition (Paolo Benigno „Bam“ Aquino IV und Francisco „Kiko“ Pangilinan). Zwei Verbündete von Rodrigo Duterte (Christopher „Bong“ Go und Ronald „Bato“ Dela Rosa) landeten ebenfalls unter den ersten fünf Plätzen. Trotz vielversprechender Wahlumfragen schnitten die Kandidat:innen der Marcos-Fraktion im Senat schlechter als erwartet ab, im Repräsentant:innenhaus hielten die Kandidat:innen der Allianz von politischen Parteien, die sich mit Marcos Jr. verbündet hatten, weiterhin die Mehrheit. In den parallel stattfindenden Kommunalwahlen wurde Rodrigo Duterte zum Bürgermeister von Davao City gewählt, sein Sohn Sebastian zum Vizebürgermeister.

INTERNATIONALER GERICHTS-PROZESS GIBT HOFFNUNG

Die Aussicht auf Gerechtigkeit in einem tief von Straflosigkeit geprägten System blieb auch in den Jahren 2025 und 2026 gering. Aus diesem Grund setzen viele Betroffene des „Kriegs gegen die Drogen“ ihre Hoffnung auf die internationale Untersuchung und Anklage des IStGH gegen Rodrigo Duterte wegen mutmaßlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit.^{viii} Eine Kooperation mit dem IStGH im Rahmen der Ermittlungen gegen Rodrigo Duterte lehnte Präsident Marcos Jr. zwar mehrfach ab, zuletzt im März 2026. Einen IStGH-Haftbefehl, ausgeführt durch Interpol, unterstützte die Regierung jedoch. Duterte wurde am 11. März 2025 in Manila verhaftet und nach Den Haag überstellt.

Zahlreiche Versuche seiner Verteidiger eine Anhörung zur Anklageerhebung zu verhindern und Rodrigo Dutertes Freilassung zu beantragen, verzögerten das Verfahren, schlugen aber letztlich fehl. Zwischen dem 23. und 27. Februar 2026 kam es zu ersten Anhörungen, in denen die Beweislage der Anklage geprüft wurde.^{ix} Duterte verzichtete offiziell auf sein Recht, an den Anhörungen teilzunehmen, u.a. mit der Begründung, er erkenne den IStGH nicht an. Am 23. April 2026 beschloss die

viii Rodrigo Duterte begann bereits als Bürgermeister von Davao City in den 1990er Jahren unter dem Vorwand der Kriminalitätsbekämpfung einen „Krieg gegen die Drogen“. Er verbreitete ein Narrativ, demzufolge Drogensüchtige als Kriminelle im Falle von „Selbstverteidigung“ ermordet werden können. Die meisten Opfer dieses „Kriegs gegen die Drogen“ waren Menschen aus marginalisierten Vierteln, die am wenigsten Zugang zu Rechtsmitteln hatten. Die Gräueltaten in Davao City lieferten die Vorlage für die Straflosigkeit, die sich ab 2016 mit Dutertes Präsidentschaft auf das ganze Land ausbreitete. Als der IStGH im Jahr 2018 eine Voruntersuchung wegen zahlreicher Morde im Zusammenhang mit dem „Krieg gegen die Drogen“ eingeleitet hatte, verließen die Philippinen den IStGH im Jahr 2019. Aus diesem Grund berücksichtigt der IStGH-Prozess ausschließlich Verbrechen, die unter der IStGH-Mitgliedschaft der Philippinen zwischen 2011 und 2019 stattgefunden haben.

ix Der IStGH klagt Rodrigo Duterte in drei Fällen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit an: 1) wegen der Ermordung von 19 Menschen in Davao City zwischen 2013 und 2016 in Zusammenhang mit seiner „Davao Death Squad“; 2) wegen des Mords an 14 „hochrangigen Zielpersonen“ während seiner Präsidentschaft von 2016 bis 2017; und 3) wegen des Mords bzw. versuchten Mords an 45 Menschen (drei überlebten) bei Operationen auf Gemeinde- bzw. „Barangay“-Ebene zwischen 2016 und 2018.



Präsident Ferdinand Marcos Jr. hält eine Pressekonferenz im Malacañang-Palast anlässlich der Folgen eines Erdbebens im Norden der Insel Luzon am 27. Juli 2022.

Vorverfahrenskammer des IStGH, den Prozess gegen Rodrigo Duterte Ende 2026 zu eröffnen. Am 11. Mai 2026 veröffentlichte der IStGH einen Haftbefehl wegen mutmaßlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen Senator Ronald „Bato“ Dela Rosa. Als ehemaliger Polizeichef unter Rodrigo Duterte war Dela Rosa maßgeblich an der Umsetzung des „Kriegs gegen die Drogen“ beteiligt. Dela Rosa widersetzte sich dem Versuch des National Bureau of Investigation (Bundeskriminalamt), den Haftbefehl zu vollstrecken, und hält sich seitdem versteckt.

Der internationale Prozess bedeutet kein Ende der Straflosigkeit in den Philippinen. Aber er könnte ans Licht bringen, was den Opfern und ihren Angehörigen angetan wurde, und er zeigt, dass sich der mutmaßliche Verantwortliche des systematischen Tötens einem Strafgerichtsverfahren stellen muss.

KEINE GARANTIE FÜR EIN ENDE DER STRAFLOSIGKEIT

Seit dem Amtsantritt von Präsident Marcos Jr. dokumentiert das Projekt Dahas der University of the Philippines 1.254 Fälle drogenbezogener Tötungen (Stand: 23. Mai 2026).¹⁴ Dies widerlegt die öffentlichen Erklä-

rungen des Präsidenten, ohne Menschenrechtsverletzungen gegen illegale Drogen vorzugehen. Die brutale Polizeigewalt und Straflosigkeit bestehen nach wie vor. Ohne Justizreformen und Rechtsstaatlichkeit genießen staatliche Sicherheitskräfte weiterhin Straffreiheit. Die Regierung von Marcos Jr. leugnet bis dato die Tötungen im Zusammenhang mit illegalen Drogen.

Bisher ergriffene Maßnahmen der philippinischen Regierung, wie die Verabschiedung eines Sonderausschusses für Menschenrechtskoordinierung (Special Committee on Human Rights Coordination) und eines neuen nationalen Menschenrechtsplans (4th Philippine Human Rights Plan) im Jahr 2024, haben die kritische Situation der Straflosigkeit nicht verbessert. Die Errichtung des Nationalen Instituts für forensische Medizin (National Forensic Institute/NFI) an der University of the Philippines im Juni 2025, unterstützt von der australischen Regierung, könnte dahingegen die forensische Expertise für Untersuchungen von rechtswidrigen und vermeidbaren Todesfällen im Land stärken.¹⁵ Aktuell gibt es nur zwei forensische Patholog:innen im Land. Eine gesetzliche Absicherung der Unabhängigkeit und eines fixen Budgets des NFI ist bisher nicht garantiert. Zudem sind Autopsien selbst bei durch Gewalteinwirkung verursachten oder vermuteten unnatürlichen Todesursachen nicht gesetzlich vorgeschrieben.¹⁶

SCHLAGLICHT II – MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER:INNEN ZU STAATSFEIND:INNEN ERKLÄRT

Frenchie Mae Cumpio und Marielle Domequil auf dem Weg zur Anhörung in Tacloban City im Januar 2026.



Das Narrativ, Menschenrechte seien eine „terroristische Idee“,¹⁷ bleibt auch unter der Regierung von Präsident Marcos Jr. bestehen. Menschenrechtsverteidiger:innen werden weiterhin politisch verfolgt, seit 2024 vermehrt durch konstruierte Anklagen wegen angeblicher Finanzierung von Terrorismus.

Die Verurteilung der Journalistin Frenchie Mae Cumpio und ihrer Mitangeklagten Marielle Domequil wegen Verstößen gegen das Gesetz zur Verhinderung und Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung (Republic Act 10168)¹⁸ könnte zu einem gefährlichen Präzedenzfall für den Journalismus und die Menschenrechtsarbeit in den Philippinen werden. Cumpio wurde am 7. Januar 2020 zunächst wegen angeblichen illegalen Besitzes von Schusswaffen und Sprengstoff verhaftet und in Untersuchungshaft genommen.¹⁹ Im Oktober 2021 kam eine Anklage wegen Terrorismusfinanzierung hinzu. Am 22. Januar 2026 sprach ein Regionalgericht in Tacloban City Cumpio nach sechs Jahren Untersuchungshaft von der Anklage wegen illegalen Besitzes von Schusswaffen und Sprengstoff frei, verurteilte sie jedoch wegen Terrorismusfinanzierung.

Das AMP beobachtet seit 2024 eine Vielzahl konstruierter Anklagen gegen Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Menschenrechtsverteidiger:innen wegen angeblicher Verstöße gegen Republic Act 10168. Zu diesen Organisationen zählen u. a. das Community Empowerment Resource Network (CERNET; siehe dazu den Fall auf Seite 18), Katinnulong Daguiti Umili iti Amianan (KADUAMI), Paghidaet sa Kauswagan Development Group (PDG) und das Leyte Center for Development (LCDe; siehe dazu den Fall auf Seite 19). Manche Anklagen wurden wieder fallengelassen oder es kam – meist wegen formaler Mängel in der Anklageschrift – nicht zum Prozess. So wies ein Regionalgericht am 14. März 2025 die konstruierten Anklagen gegen PDG-Mitarbeitende als unbegründet zurück. Der Antrag der Staatsanwaltschaft auf erneute Prüfung der Entscheidung wurde am 22. April 2025 abgewiesen.²⁰ Auch die Hauptangeklagte im Prozess gegen LCDe, Jazmin Jerusalem, wurde am 27. Februar 2026 vom Vorwurf der Terrorismusfinanzierung freigesprochen (siehe dazu den Fall auf Seite 19).²¹

Anklagen wegen angeblicher Terrorismusfinanzierung folgen in der Regel einem ähnlichen Muster. Meist reicht eine einzige Aussage eines angeblichen ehemaligen Mitglieds der Rebellengruppe New People's Army (NPA) für eine Anklageerhebung und im Fall Cumpio und Domequil auch für eine Verurteilung. Manche Zeug:innen der Staatsanwaltschaft machen zudem Aussagen in mehreren Fällen. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, Mitglieder einer bewaffneten und als „terroristisch“ eingestuften Rebellengruppe zu sein und diese finanziert zu haben (sogenanntes „red-tagging“^x). Gerichtsprozesse ziehen sich in dem zutiefst dysfunktionalen Rechtssystem der Philippinen oft über Jahre hin. Die Angeklagten müssen viel Zeit und Geld für ihre Verteidigung aufwenden, sind Verleumdungen und Drohungen ausgesetzt und können ihre Arbeit im Bereich der Menschenrechte kaum bis gar nicht mehr ausüben.

Anklagen wegen angeblicher Terrorismusfinanzierung gegen Menschenrechtsverteidiger:innen und NRO häufen sich nach Beobachtungen des AMP im Jahr 2024, kurz vor einer Überprüfung der Philippinen durch die internationale Financial Action Task Force (FATF)^{xi}. Die FATF bewertet, ob Länder u. a. die internationalen Standards zur Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung und Geldwäsche einhalten. Im Februar 2025 wurden die Philippinen nach vier Jahren von der Liste der verstärkten Überwachung, der sogenannten „Grauen Liste“ der FATF, gestrichen. Lokale Menschenrechtsorganisationen zeigten sich besorgt darüber, dass die philippinische Regierung im Hinblick auf die FATF-Konformitätsprüfung gezielt Anklagen wegen angeblicher Terrorismusfinanzierung gegen NRO erhoben hatte. Aber auch nach der FATF-Überprüfung wurden weitere

Anklagen wegen angeblicher Terrorismusfinanzierung gegen NRO und ihre Mitarbeitenden erhoben.

Konstruierte Anklagen, bei denen gefälschte Beweismittel dazu dienen, die Betroffenen eines Verbrechens zu beschuldigen, das sie nicht begangen haben, sind eine besonders perfide Form der Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger:innen in den Philippinen. Typische Anklagepunkte sind Mord, Brandstiftung oder der illegale Besitz von Schusswaffen und Sprengstoff. Bei diesen Anklagen ist eine Freilassung gegen Kautions nur in Ausnahmefällen möglich, was eine Untersuchungshaft bis zum Abschluss des Gerichtsverfahrens bedeutet. Die Verfahren selbst ziehen sich aufgrund überlasteter Gerichte, langsamer Bürokratie und der Korruption innerhalb des Justizsystems in der Regel über Jahre hin. Trotz der fadenscheinigen Beweislage, die meist auf Aussagen angeblicher Zeug:innen beruht, erheben Staatsanwälte:innen Anklage und Richter:innen lassen Verfahren zu, ohne entlastende Beweise zu berücksichtigen. Dies verstößt gegen Artikel 14 der UN-Richtlinien zur Rolle von Staatsanwälte:innen (United Nations Guidelines on the Role of Prosecutors), die „kein Strafverfahren einleiten oder fortsetzen [dürfen] bzw. sich mit allen Kräften um Einstellung bemühen [müssen], wenn eine unparteiische Instanz die mangelnde Begründetheit der Vorwürfe erweist.“²² Die konstruierten Tatvorwürfe sollen Menschenrechtsverteidiger:innen diskreditieren und ins Gefängnis bringen. Dafür wird auch das Fehlen forensischer Expertise ausgenutzt, das Zeug:innenaussagen für die Ermittlungen unerlässlich macht.

Menschenrechtsverteidiger:innen des Terrorismus zu bezichtigen bedeutet auch, sie zu Staatsfeind:innen zu erklären. Die Anwendung von Gesetzen zur Bekämpfung von Terrorismus und Geldwäsche bei der Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger:innen ist ein gefährlicher Trend. Dafür werden zwei Gesetze herangezogen: Das Gesetz zur Verhinderung und Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung (Republic Act 10168) von 2012 und das Anti-Terrorismus-Gesetz von 2020 (Anti-Terrorism Act/ATA). Beide Gesetze ermöglichen gleichermaßen das Einfrieren von Bankkonten. Betroffene können zwar häufig eine Kautions stellen, um sich einer Untersuchungshaft zu entziehen. Diese ist mit 200.000 Pesos (rund 2.800 Euro) pro Anklageschrift jedoch sehr hoch angesetzt ist. Kautions in dieser Höhe sind für die Betroffenen und ihre Organisationen

x „Red-tagging“ bedeutet einem Urteil des Obersten Gerichtshofs (Deduro versus Vinoya, Aktennr. 254753, 2023) zufolge, Personen, Gruppen oder Organisationen ohne stichhaltige Beweise öffentlich als Kommunist:innen, Terrorist:innen oder Umstürzler:innen zu brandmarken, zu beschuldigen oder mit ihnen in Verbindung zu bringen, was zu Drohungen, Überwachung oder Rechtsverletzungen führt.

xi Die FATF wurde 1989 zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung durch die G7-Staaten, darunter auch Deutschland, gegründet. Mitgliedsstaaten mit sogenannten „strategischen Defiziten“ werden öffentlich benannt. Die FATF-Empfehlung 8 fordert Staaten auf, Nonprofit-Organisationen (NPO) vor Missbrauch zur Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu schützen. Allerdings kommt es bei der Umsetzung oft zu einer Überregulierung des NPO-Sektors, wodurch die legitimen gemeinnützigen Aktivitäten der Organisationen behindert werden (siehe bit.ly/4dN9R7a).

*Demonstration
für den Schutz
von Umwelt- und
Menschenrechten
anlässlich des Tags
der Erde (Earth
Day) am 22. April
2026 in Manila.*



oft kaum aufzubringen, insbesondere wenn ihre Bankkonten eingefroren sind.

Konstruierte Anklagen gehen oftmals einher mit einer Verleumdungskampagne durch „red-tagging“, Einschüchterungen und unrechtmäßiger Überwachung. Die Praxis des „red-tagging“ führte in zahlreichen Fällen auch zu weiteren Schikanen, Verschwindenlassen und sogar Tötungen. Seit 2016 verzeichnete das AMP 315 Tötungen von Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen. Mit zehn Tötungsfällen zwischen dem 1. Juli 2024 und 30. März 2026 (siehe Tabelle auf Seite 27) und 16 Fällen seit dem Amtsantritt von Marcos Jr. nahmen diese Verbrechen im Vergleich zu den Vorjahren zwar deutlich ab; dennoch galten die Philippinen im Jahr 2024 laut Global Witness als tödlichstes Land für Umweltaktivist:innen in Asien.²³ Die Täter:innen der vom AMP verzeichneten Tötungen wurden bisher in keinem dem AMP bekannten Fall ermittelt und können daher nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Dies betrifft auch die vom AMP begleiteten Fälle von Zara Alvarez und Benjamin Ramos, die in den Jahren 2020 bzw. 2018 von Unbekannten getötet wurden. Lediglich im Mordfall des Radiokommentators Percival „Percy Lapid“ Mabasa vom 3. Oktober 2022 wurde der gestän-

dige Schütze Joel Escorial am 6. Mai 2024 zu einer Haftstrafe von maximal 16 Jahren verurteilt. Der mutmaßliche Drahtzieher des Auftragsmords, der ehemalige Leiter der philippinischen Gefängnisverwaltung (Bureau of Corrections) Gerald Bantag, ist weiterhin auf freiem Fuß.²⁴ Der Mordfall Mabasa unterstreicht, dass zuständige Regierungsstellen oft wenig Interesse zeigen, Täter:innen durch nationale Gerichte strafrechtlich zu verfolgen, v. a. wenn diese prominent und zudem Staatsbedienstete sind.

KEINE GERECHTIGKEIT IN FÄLLEN VON VERSCHWINDENLASSEN

Die politische Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger:innen in den Philippinen bleibt besorgniserregend, auch wegen der alarmierenden Anzahl von Fällen ihres Verschwindenlassens während der Regierungszeit von Marcos Jr. Im Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis 30. März 2026 verzeichnete das AMP das Verschwindenlassen von 13 Menschenrechtsverteidiger:innen, wobei sieben Personen weiterhin vermisst werden (siehe dazu den Fall Gene Roz Jamil „Bazoo“ de Jesus und Dexter Capuyan auf Seite 16 sowie den Fall Felix Salaveria Jr. auf Seite

17).^{xii} Den bislang letzten Fall hat das AMP im August 2024 dokumentiert. Eine strafrechtliche Aufarbeitung der von Menschenrechtsorganisationen dokumentierten Fälle bleibt jedoch – trotz handfester Beweise der Beteiligung von staatlichen Sicherheitskräften – unzureichend (siehe dazu den Fall Gene Roz Jamil „Bazoo“ de Jesus und Dexter Capuyan auf Seite 16). Dies ist besonders ernüchternd und bedrückend für die Angehörigen der weiterhin verschwundenen Personen. Im Fall von Dyan Gumanao und Armand Dayoha (siehe AMP-Menschenrechtsbericht von 2024), die im Januar 2023 von mutmaßlich staatlichen Sicherheitskräften für mehrere Tage entführt und verhört wurden, konnte die CHR 2025 eindeutig die Beteiligung eines Soldaten der philippinischen Streitkräfte (Armed Forces of the Philippines/AFP) feststellen. Gumanao und Dayoha planen, eine Zivilklage gegen den Soldaten zu erheben.

Das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen haben die Philippinen bisher nicht ratifiziert. Der nationale Anti-Enforced or Involuntary Disappearance Act von 2012, der die Praxis des Verschwindenlassens unter Strafe stellt, kam bis heute nicht zur Anwendung. Ein Grund dafür ist auch die meist unzureichende Beweislage für eine strafrechtliche Anklage, was auch auf die mangelhafte Zusammenarbeit der Polizei mit der CHR und den Angehörigen der Opfer zurückzuführen ist. Regierungsbehörden bestreiten jedoch gegenüber Menschenrechtsorganisationen, dass es sich in diesen Fällen um Verschwindenlassen handelt.

Die Verabschiedung des nationalen Gesetzes zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen (Human Rights Defenders Protection Act/HRDP-Act) wäre eine notwendige Maßnahme, um einen Beitrag zur Beendigung der extremen Einschüchterung, Kriminalisierung, Ermordung und des Verschwindenlassens von Menschenrechtsverteidiger:innen in den Philippinen zu leis-

ten. Im Repräsentant:innenhaus^{xiii} des 20. Kongresses der Philippinen, das am 28. Juli 2025 zusammentrat, wurden dazu bereits mehrere Gesetzesvorschläge eingereicht. Die Entwürfe orientieren sich an der United Nations (UN) Deklaration zu Menschenrechtsverteidiger:innen und würden die Regierung dazu verpflichten, die Rechte von Menschenrechtsverteidiger:innen zu respektieren und die willkürliche Beschneidung ihrer Rechte durch u. a. „red-tagging“ strafrechtlich zu verfolgen. Ein Vorbild sind hier die Lokalverordnungen zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen, die in mehreren Städten, darunter Quezon City²⁵, Baguio City und Puerto Princesa, verabschiedet wurden. Ein Gesetzesentwurf zur generellen Kriminalisierung der Praxis des „red-tagging“, auch „Anti-Red-tagging Act“ genannt, wurde im Juli 2025 im Repräsentant:innenhaus²⁶ und im Januar 2026 im Senat²⁷ zur Verabschiedung eingereicht. Der Entwurf hat allerdings viele einflussreiche Gegner:innen im Kongress: Die Abgeordneten unterstützen die Praxis v. a. im Zusammenhang mit dem Vorgehen der Regierung gegen die bewaffnete, kommunistische Aufstandsbewegung.

Auf entschiedenen Widerstand stoßen beide Gesetzesvorhaben bei der Nationalen Taskforce zur Beendigung des lokalen bewaffneten kommunistischen Konflikts (National Task Force to End Local Communist Armed Conflict/NTF-ELCAC).²⁸ Die NTF-ELCAC ist seit ihrer Gründung 2018 bekannt für gezieltes „red-tagging“ von Menschenrechtsverteidiger:innen. Die Taskforce kritisierte bereits 2023, dass u. a. der Begriff „Menschenrechtsverteidiger:innen“ in einem vorherigen Gesetzesentwurf des HRDP-Acts zu breit definiert sei und auch Terrorist:innen, Kriminelle und andere Staatsfeind:innen einschließe.²⁹ Marcos Jr. hat die umstrittene Taskforce trotz mehrfacher Aufforderungen von UN-Expert:innen³⁰ nicht abgeschafft. Stattdessen wurde ihr Budget im Jahr 2025 um 340 Prozent erhöht.³¹

An den folgenden vier Fallbeispielen von Menschenrechtsverteidiger:innen und ihren Organisationen werden die Muster der beschriebenen Menschenrechtsverletzungen und politischen Verfolgung verdeutlicht.

^{xii} Die AMP-Dokumentation von 13 Fällen des Verschwindenlassens von Menschenrechtsverteidiger:innen umfasst sowohl Personen, die wieder aufgetaucht sind, als auch Personen, die weiterhin vermisst werden. Die AMP-Dokumentation kann von anderen Statistiken abweichen, da das AMP ausschließlich das Verschwindenlassen von Menschenrechtsverteidiger:innen verzeichnet. Die Klassifizierung des Begriffs „Menschenrechtsverteidiger:in“ folgt dabei der Definition des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights/OHCHR).

^{xiii} Siehe Datenbank des Repräsentant:innenhauses für alle Gesetzesentwürfe des HRDP-Acts: bit.ly/3TNQGE1.

FALL: GENE ROZ JAMIL „BAZOO“ DE JESUS UND DEXTER CAPUYAN^{xiv}



Gene Roz Jamil „Bazoo“ De Jesus hatte seine Wohnung in Malolos, Bulacan, am Morgen des 27. April 2023 verlassen, um die Verlängerung seines Reisepasses in Metro Manila zu beantragen und im nahegelegenen Taytay, Rizal, Besorgungen zu erledigen.

In der Nacht vom 28. April 2023 entführten mehrere Männer, die Abzeichen der Kriminalabteilung der philippinischen Nationalpolizei (Criminal Investigation and Detection Group-Philippine National Police/ CIDG-PNP) trugen, De Jesus und seinen Begleiter Dexter Capuyan, während sie in einem Tricycle in die Wohnsiedlung „Golden City“ in Taytay unterwegs waren. Kurz zuvor hatte De Jesus einem Kollegen eine Nachricht geschickt, dass er in einem Supermarkt einkaufen gehen werde. Seitdem hat niemand mehr etwas von ihnen gehört.

De Jesus arbeitete als Medienbeauftragter bei der Organisation Philippine Task Force for Indigenous Peoples' Rights (TFIP), während Capuyan als Aktivist und Gemeindevertreter in den Kordilleren im Norden der Philippinen tätig war.

Nach Angaben des Tricycle-Fahrers (Name und Aussage des Fahrers erfuhren die Angehörigen erst zwei

Jahre später), der die beiden in der Wohnsiedlung absetzen sollte, versperren ihm zwei weiße Transporter kurz vor dem Ziel den Weg. Mehrere unbekannte Personen, die sich dem Fahrer als CIDG-PNP-Mitarbeitende vorstellten, zogen De Jesus und Capuyan aus dem Tricycle und drängten sie in separate Fahrzeuge. Der Tricycle-Fahrer informierte die Wachfrau am Tor der Wohnsiedlung über die Entführung und berichtete auch mehreren Tricycle-Kolleg:innen davon. Die Wachfrau trug den Vorfall jedoch nicht in ihr Logbuch ein.

Die Angehörigen der beiden Opfer und mehrere Menschenrechtsorganisationen leiteten umgehend eine Suchaktion ein und erstatteten Anzeige bei der zuständigen Barangay-Verwaltung^{xv}, der Polizeibehörde von Taytay und der Provinzpolizei von Rizal. Auch das CHR-Regionalbüro IV führte eine Untersuchung durch, legte den Fall jedoch mit dem Hinweis auf mangelnde Beweise im September 2023 zu den Akten. Erst in einem Ermittlungsbericht der Polizei von Taytay vom November 2024, den die Angehörigen 2025 verspätet erhielten, war die Aussage des Tricycle-Fahrers enthalten, der das Verschwinden der beiden Männer bestätigte. Trotz der neuen Beweise nahm die CHR die Untersuchung bisher nicht wieder auf.

^{xiv} Die Informationen der im Bericht angeführten Fälle politischer Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger:innen basieren vorrangig auf den Angaben und Daten, die zivilgesellschaftliche Partner:innen in den Philippinen dem AMP zur Verfügung gestellt haben.

^{xv} Das „Barangay“ ist die kleinste politische Verwaltungseinheit der Philippinen.

Im November 2024 erließ der Oberste Gerichtshof zugunsten von De Jesus und Capuyan die Amparo- und Habeas-Data-Verfügungen^{xvi}. Im August 2025 gewährte das Berufungsgericht ihnen das Recht auf

^{xvi} Die Amparo-Verfügung ist ein Rechtsmittel und ein Rechtsschutz, der jeder Person zur Verfügung steht, deren Recht auf Leben, Freiheit oder Sicherheit verletzt wurde oder bedroht ist. Die Habeas-Data-Verfügung schützt das Recht einer Person auf Privatsphäre vor der unrechtmäßigen Erhebung, Speicherung oder Verwendung personenbezogener Daten.

eine Amparo-Verfügung. Das Gericht erkannte beide als Opfer eines gewaltsamen Verschwindens an und stellte fest, dass die Maßnahmen der Polizei und des Militärs „sowohl hinsichtlich ihrer Wirksamkeit als auch ihrer Gründlichkeit völlig unzureichend“ gewesen seien, um die beiden aufzufinden. De Jesus und Capuyan sind bis heute verschwunden.

FALL: FELIX SALAVERIA JR.



Felix Salaveria Jr. wurde am 28. August 2024 gegen 11 Uhr entführt, als er zu Fuß auf dem Weg zu seinem Haus im Stadtteil Cobo in Tabaco, Albay, war.

Salaveria studierte Anfang der 1980er Jahre Soziologie in Metro Manila, wo er sich als Student gegen die Diktatur unter Ferdinand Marcos engagierte. Seitdem setzte sich Salaveria insbesondere für die Belange der indigenen Völker ein und war Mitbegründer der Organisation Tunay na Alyansa ng Bayan Alay sa mga Katutubo (TABAK) und Kabataan para sa Tribung Pilipino (KATRIBU). Als begeisterter Radfahrer gründete Salaveria Mitte der 1990er Jahre die Gruppe Cycling Advocates (CYCAD) mit. Er erlitt 2023 einen Schlaganfall, der zur Lähmung seiner linken Körperhälfte führte.

Als Salaveria von einer nahegelegenen Kantine nach Hause ging, hielt ein silberner Toyota-Van neben ihm,

aus dem unvermittelt zwei unbekannte Personen sprangen. Sie packten Salaveria und zwangen ihn in das Fahrzeug, das den Tatort sofort wieder verließ. Der gesamte Ablauf wurde von der Überwachungskamera des Barangay-Rathauses aufgezeichnet. Salaveria hatte fünf Tage zuvor das Verschwinden seines Freundes James Jazmines gemeldet, der mit ihm am 23. August 2024 in einem Restaurant in Tabaco seinen 66. Geburtstag gefeiert hatte und dort zuletzt gesehen worden war.

Im September 2024 starteten mehrere Menschenrechtsorganisationen Such- und Dokumentationsaktionen, bei denen sie u. a. verschiedene örtliche Behörden und Kirchenvertreter:innen aufsuchten, um Unterstützung bei der Suche nach Salaveria zu erbitten.

Am 6. Februar 2025 gab der Oberste Gerichtshof einem Antrag der Familie von Felix Salaveria auf Erlass eines Amparo- und eines Habeas-Data-Beschlusses statt. Das Berufungsgericht bestätigte die Gewährung der Rechtsmittel am 30. Juli 2025 und hob in seiner Entscheidung das Versäumnis der zuständigen Behörden hervor, eine gründliche Untersuchung durchzuführen. Sowohl Salaveria als auch Jazmines werden nach wie vor vermisst.

FALL: CERNET 27



Im Mai 2023 wurde eine Strafanzeige eingereicht, in der die NRO Community Empowerment Resource Network (CERNET) und 27 Personen (zusammen als „CERNET 27“ bezeichnet) beschuldigt wurden, gegen Abschnitt 8 (ii) und Abschnitt 9 des Republic Act 10168 verstoßen zu haben. Unter den Beschuldigten befinden sich ehemalige und aktive Entwicklungshelfer:innen und Menschenrechtsaktivist:innen, die mit CERNET in Verbindung standen oder noch stehen.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2001 hat CERNET mit Graswurzelorganisationen zusammengearbeitet, um die sozioökonomische Situation in deren Gemeinden zu verbessern. Trotz ihrer anerkannten Arbeit ist CERNET seit Jahren Zielscheibe von „red-tagging“.

Seit Oktober 2023 ist das Bankkonto von CERNET eingefroren, weshalb die Organisation ihre Projekte in den Visayas schließlich einstellen musste. Am 8. Mai 2024 wurden alle 27 Personen ebenso wie CERNET vor dem Regionalgericht von Cebu City angeklagt. Drei Personen waren zum Zeitpunkt der Anklage bereits verstorben (Anfang 2026 verstarben drei weitere).^{xvii} Alle Beschuldigten konnten kurz nach Erhalt des Haftbefehls eine Kaution hinterlegen.

^{xvii} Am 26. Juni 2024 wies ein Gericht in Cebu City die Anklage gegen zwei der bereits verstorbenen Angeklagten ab; für die dritte verstorbene Person konnte keine Sterbeurkunde ausfindig gemacht werden. Zwischen Januar und April 2026 verstarben drei weitere Angeklagte: Cristina Muñoz, Teresa Claire Alicaba und Rebecca Seines.

Ende April 2024 beschuldigten philippinische Sicherheitskräfte, allen voran General Joey Escanillas, während einer Pressekonferenz in Dumaguete City, Negros Oriental, CERNET und seine Mitglieder würden die bewaffnete Rebellengruppe NPA unterstützen. Am 18. Mai 2024 veröffentlichte die Polizei von Cebu City auf ihrer Facebook-Seite das Foto einer der Angeklagten, Estrella Catarata, und bezeichnete sie als die „Nr. 1 der meistgesuchten Personen in der Region Central Visayas“. Auf derselben Facebook-Seite wurden auch Fotos von zwei anderen Angeklagten, auf einer anderen Seite Aufnahmen von fünf weiteren Beschuldigten veröffentlicht. Alle sieben wurden darin als „gesuchte Personen“ dargestellt.

Nach Angaben von CERNET behauptete der Hauptzeuge in dem Fall, der ehemalige CERNET-Mitarbeiter Bernabe Nieves, im September 2012 über einen anderen Zeugen, den vermeintlichen ehemaligen Rebellen Hermosila Apao Villamor, 135.000 Pesos (rund 1.900 Euro) an die NPA in der Provinz Negros Oriental ausbezahlt zu haben. Nieves war von 2006 bis zu seiner Entlassung im November 2012 bei CERNET angestellt.

Im August 2024 äußerten verschiedene UN-Sonderberichterstatter:innen in einem gemeinsamen Communiqué große Besorgnis über „die möglichen Auswirkungen des Einfrierens von Vermögenswerten [auf] lebenswichtige humanitäre und menschenrechtliche Dienstleistungen“ von CERNET.

Im September 2024 kam es zur Anklageerhebung und im Februar, Mai und Juli 2025 fand jeweils eine Anhörung statt. Auch die Aussage eines Mitarbeiters des Anti-Geldwäscheausschusses (Anti-Money Laundering Council/AMLC) in einer der Anhörungen lieferte keine Anhaltspunkte für die angebliche Geldtransaktion von CERNET an die NPA. Vertreter:innen verschiedener Botschaften in Manila, darunter Deutschland, Irland, Schweiz, das Vereinigte Königreich, Kanada, die Niederlande, Norwegen und die EU, beobachteten die Anhörungen von CERNET.

Am 23. April 2025 reichte Estrella Catarata wegen der Verleumdung und des „red-tagging“-Angriffs gegen die CERNET 27 eine Zivilklage auf Schmerzensgeld in Höhe von zwei Millionen Pesos (rund 27.800 Euro) gegen General Escanillas ein. Am 30. Juli 2025 reichte CERNET beim Büro des Ombudsmanns in Cebu City Straf- und Verwaltungsbeschwerden gegen die Staatsanwaltschaft ein und warf ihr Verstöße gegen die Strafverfolgungsvorschriften sowie Willkür bei der Erhebung der Anklage gegen CERNET vor.

Aufgrund der Abwesenheit des zuständigen Richters wurde die nächste Gerichtsanhörung zweimal verschoben. Am 15. Mai 2026, noch vor der nächsten Anhörung, wies das Regionalgericht in Cebu City die Anklage gegen die CERNET 27 wegen angeblicher Terrorismusfinanzierung ab. Das Gericht entschied, dass die „vorgebrachten Handlungen zum Zeitpunkt ihrer Begehung nach geltendem Recht keine Straftat darstellten“.

FALL: LEYTE CENTER FOR DEVELOPMENT



Am 2. Mai 2024 ordnete der Anti-Geldwäscheausschuss (Anti-Money Laundering Council/AMLC) auf der Grundlage des Republic Act 10168 die Sperrung der drei operativen Bankkonten der Organisation Leyte Center for Development (LCDe), der privaten Bankkonten der Geschäftsführerin von LCDe, Jazmin Jerusalem, sowie der Konten von drei ihrer Mitarbeiter:innen, ihres Sohnes und von drei lokalen Hilfsgüterzuliefer:innen von LCDe an. Die Betroffenen wurden darüber nicht in Kenntnis gesetzt; erst die Banken informierten sie über die Kontensperrung.

LCDe ist seit 1988 an vorderster Front der Entwicklungsarbeit in Leyte und Samar tätig, bietet sozio-ökonomische Dienstleistungen an und leistet auf Ge-

meindeebene Katastrophenhilfe. Jazmin Jerusalem erhielt für ihr humanitäres Engagement mehrere nationale und internationale Auszeichnungen, darunter den UN Women in Disaster Risk Reduction (WIN DRR) Leadership Award im Jahr 2021.

Zahlreiche Versuche der Betroffenen, die Sperrverfügung aufheben zu lassen, wurden anfänglich vom Berufungsgericht aufgrund von technischen Mängeln abgewiesen. Das Einfrieren der Konten schränkte die Arbeit von LCDe maßgeblich ein.

Am 7. November 2024, sechs Monate nach dem Beschluss zum Einfrieren der Konten, erhielten Jerusalem, ein ehemaliger LCDe-Mitarbeiter und eine ihnen unbekannte Person eine Vorladung der Kriminalabteilung der philippinischen Nationalpolizei (Criminal Investigation and Detection Group/CIDG). Während des Termins wurden sie mit dem Vorwurf konfrontiert, gegen Artikel 8 und 9 des Republic Act 10168 verstoßen zu haben. Basierend auf den Aussagen von vier angeblich ehemaligen NPA-Mitgliedern, die aktiv mit dem Militär zusammenarbeiteten, sollen die Angeklagten zwischen 2013 und 2016 in drei Fällen finanzielle Mittel und Versorgungsgüter an die Communist Party of the Philippines und NPA (CPP-NPA) weitergegeben haben. Am 19. Dezember 2024 wies das Regionalgericht in Tacloban die Klage jedoch aus

Mangel an Beweisen für eine Verbindung zwischen den Angeklagten und den mutmaßlichen Geldempfänger:innen ab.

Im Januar 2025 wurde die Klage mit denselben drei Anklagepunkten erneut eingereicht und richtete sich nun allein gegen Jazmin Jerusalem. Dabei wurden dieselben Beweise vorgelegt und dieselben Zeug:innen geladen. Nachdem Jerusalem im Februar 2025 über die neue Anklage und einen Haftbefehl gegen sie informiert worden war, bezahlte sie eine Kautionshöhe von 600.000 Pesos (rund 8.400 Euro).

Im März 2025 fand die Vorverhandlung statt, mehrere Anhörungen folgten. Die damalige UN-Sonderberichterstatterin zur Lage von Menschenrechtsverteidiger:innen, Mary Lawlor, zeigte sich in Beiträgen auf ihren Social-Media-Kanälen mehrmals solidarisch mit Jerusalem. Im November 2025 brachte AMLC einen Antrag auf zivilrechtliche Einziehung von Vermögenswerten gegen Jerusalem, LCDe und fünf weiteren Personen ein, die ebenfalls von der Sperrverfügung im Vorjahr betroffen waren.

Am 20. Februar 2026 entschied das Regionalgericht von Manila, dass die von der AMLC angeordnete Sperrung und Einziehung von Vermögenswerten auf-

zuheben sei, weil keine ausreichenden Gründe für eine fortgesetzte Sperrung vorlagen. Allerdings konnten die Gelder von den Banken noch nicht freigegeben werden, da AMLC einen Antrag auf Überprüfung der Entscheidung stellte; eine weitere Verhandlung wurde für den 16. April 2026 angesetzt, jedoch wegen der Abwesenheit der Anklageverteter:innen auf den 19. Juni 2026 verschoben. Am 27. Februar 2026 wies das Regionalgericht in Tacloban die Anklage der Terrorismusfinanzierung gegen Jerusalem zurück und bestätigte am 15. April 2026 seine Entscheidung in Zuge eines Berufungsantrags. Das Gericht führte in seiner Begründung an, dass die Aussagen von „Mitverschwörer:innen“ nach den philippinischen Beweisregeln ohne weitere Bestätigung nicht als alleinige Grundlage für eine Anklage gelten können. Zudem habe zum Zeitpunkt der mutmaßlichen Taten keine gültige nationale Einstufung der CPP-NPA als terroristische Organisation vorgelegen. Eine ausländische oder supranationale Einstufung sei in den Philippinen ohne offizielle Veröffentlichung unter dem Republic Act 10168 rechtlich nicht geltend.

LCDe und Jazmin Jerusalem hoffen auf eine baldige Freigabe der Bankkonten, damit sie ihre Arbeit mit marginalisierten Gemeinschaften wieder aufnehmen können.

SCHLAGLICHT III – INTERNATIONALER HANDEL GEFÄHRDET RECHTE INDIGENER VÖLKER



*Demonstration
gegen Meeres-
bodenbergbau
(Offshore Mining)
am 2. April 2026.*

Im Jahr 2017 legte die EU die Verhandlungen mit den Philippinen über ein Freihandelsabkommen (FHA) wegen der Menschenrechtskrise unter der Regierung von Rodrigo Duterte auf Eis. Trotz fehlender signifikanter Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte beschloss die EU 2024, die Freihandelsgespräche mit den Philippinen wieder aufzunehmen. Beide Seiten sind zuversichtlich, dass das Abkommen noch 2026 beschlossen wird.

Das philippinische Netzwerk Trade Justice Pilipinas (TJP) hat jahrelang vor möglichen Menschenrechtsrisiken eines EU-FHA mit den Philippinen gewarnt, insbesondere im Hinblick auf kritische Mineralien und Arbeitsrechte.³² Das Abkommen könnte Konflikte und Menschenrechtsverletzungen im Bergbau verschärfen, da eine gesteigerte Nachfrage seitens der EU zu einem massiven Ausbau des Bergbaus zulasten lokaler Gemeinschaften führen könnte.

Mit den viertgrößten Kupfer- und Kobaltvorkommen und den fünftgrößten Nickelvorkommen weltweit gelten die Philippinen als strategisch wichtiger Partner für die EU. Das Land könnte substanziell zur Umsetzung des Green Deal der EU und zur Diversifizierung der Importe kritischer Rohstoffe beitragen. Präsident Marcos Jr. hat 2023 die Verfahren zur Ausstellung von Bergbaugenehmigungen zur Steigerung von Auslandsinvestitionen (Executive Order No. 18)³³ vereinfacht, nachdem bereits sein Vorgänger 2021 ein Moratorium für die Ausstellung neuer Bergbaugenehmigungen und das Verbot des Tagebaus aufgehoben hatte.

Rund zwei Drittel der Mineralvorkommen befinden sich in den Gebieten indigener Völker. Viele dieser Regionen sind bereits von Zugeständnissen für die Exploration oder Gewinnung von Rohstoffen betroffen. Laut dem lokalen Netzwerk Alyansa Tigil Mina (ATM) verursachen viele Bergbauprojekte irreversible Schäden wie den

Verlust von Lebensgrundlagen, Ernährungsunsicherheit, Verlust der biologischen Vielfalt, Entwaldung, Verschmutzung von Wassereinzugsgebieten, Vertreibung von Gemeinschaften, Gesundheitsprobleme und Menschenrechtsverletzungen.³⁴ Die Abholzung von Wäldern und Mangroven im Zuge von Bergbauaktivitäten verschärft zudem die Auswirkungen extremer Wetterereignisse.

Die Zustimmung der indigenen Völker zum Bergbau auf ihrem Territorium wird in der Regel nicht gemäß dem Grundsatz der „freien, vorherigen und informierten Zustimmung“ (Free, Prior and Informed Consent/FPIC) eingeholt. Die lokale Bevölkerung wird meist nur wenig bis gar nicht einbezogen, und wichtige Informationen zu den menschenrechtlichen Auswirkungen des Bergbaus auf die Umwelt und Gemeinschaften werden nicht umfassend thematisiert. Auch Korruption verhindert eine transparente Information der Betroffenen über geplante Bergbauprojekte.³⁵ Darüber hinaus gewährt das philippinische Bergbaugesetz von 1995 (Republic Act 7942) Bergbauunternehmen weitreichende Rechte zur kostenlosen Holzgewinnung und Wassernutzung, was zu einer übermäßigen Plünderung der natürlichen Ressourcen führt. Dies verstößt gegen das Recht der indigenen Völker auf Selbstbestimmung, das im Gesetz über die Rechte indigener Völker (Indigenous Peoples' Rights Act/IPRA) von 1997 verankert ist, und gefährdet ihre Lebensgrundlage. Vertreter:innen der indigenen Völker fordern daher seit Langem eine Überarbeitung des Bergbaugesetzes.³⁶

Nicht nur Verteidiger:innen der Rechte indigener Völker und Umweltaktivist:innen sprechen sich gegen Bergbauaktivitäten aus, sondern auch Kommunalverwaltungen, die mit lokalen Verordnungen weiteren Bergbau verbieten. Kritische Aktivist:innen werden häufig bedroht, kriminalisiert, Opfer von „red-tagging“, schikaniert oder sogar getötet.

Eine von der EU im Jahr 2019 durchgeführte Nachhaltigkeitsprüfung verdeutlichte mögliche negative Auswirkungen des FHA auf die Menschenrechte, insbesondere für indigene Völker, Frauen und Kinder.³⁷ Infolge der Coronavirus-Pandemie und geopolitischer Herausforderungen hat sich die sozioökonomische Lage im Land jedoch erheblich verändert. Den Vorschlag eines

EU-Parlamentsabgeordneten zur Durchführung einer separaten Menschenrechtsverträglichkeitsprüfung lehnte die EU-Kommission 2025 jedoch ab.³⁸

Trotz einer Menschenrechtsklausel und Verpflichtungen zur Umsetzung von Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation sowie multilateraler Umweltabkommen im Nachhaltigkeitskapitel bietet das FHA kaum Spielraum, um auf Menschenrechtsverletzungen zu reagieren. Die EU drängt auf einen internationalen freien Handel um jeden Preis. In einem Land, in dem der Staat seine eigenen Bürger:innen politisch verfolgt und internationale Menschenrechtsstandards nicht einhält, wird ein FHA jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit zur Ausweitung von Menschenrechtsverletzungen führen.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten wie auch die UN-Mitgliedsstaaten sollten sich gegenüber der philippinischen Regierung für folgende Empfehlungen einsetzen:

BEENDIGUNG DER STRAFLOSIGKEIT

- » Die Straflosigkeit bei außergerichtlichen Hinrichtungen, Verschwindenlassen und Folter, insbesondere von Menschenrechtsverteidiger:innen und Opfern im Zusammenhang mit der Anti-Drogen-Politik der philippinischen Regierung, sollte durch eine gründliche und unparteiische Aufklärung aller entsprechenden Fälle beendet werden – insbesondere dann, wenn die Täter:innen staatlichen Sicherheitskräften angehören.
- » Gemäß Artikel 14 des UN-Zivilpakts muss das Recht auf Gleichheit vor Gericht und auf ein faires Gerichtsverfahren durch ein zuständiges unabhängiges und unparteiisches Gericht gewährleistet werden.
- » Ein menschenrechts- und gesundheitsbasierter Ansatz sollte in der nationalen Anti-Drogen-Politik priorisiert werden. Dieser sollte in Einklang stehen mit internationalen Menschenrechtsstandards sowie den Empfehlungen des UN-Menschenrechtsrates (United Nation Human Rights Council/UNHRC). Zudem sollte ein Gesetz zu außergerichtlichen Hinrichtungen (Extrajudicial Killings/EJK; Anti-EJK-Gesetz) verabschiedet werden, um eine Definition von EJK rechtlich festzulegen und eine strafrechtliche Verfolgung zu ermöglichen.
- » Die Leitlinie der philippinischen Nationalpolizei, das Command Memorandum Circular 16-2016 (auch „Projekt Double Barrel“ genannt), die u. a. die Grundlage für die Operationalisierung der umstrittenen „Oplan-Tok-hang“-Methode („anklopfen“ und „bitten“)^{xviii} bildet, muss außer Kraft gesetzt werden.
- » Die zivilgesellschaftlich geleitete Wahrheitskommission zu den Menschenrechtsverletzungen der Anti-

Drogen-Kampagne der Regierung sollte als Teil der Aufarbeitung des „Kriegs gegen die Drogen“ unterstützt werden.

SCHUTZ VON MENSCHENRECHTS-VERTEIDIGER:INNEN

- » Die politisch motivierte Einschüchterung, Bedrohung, Kriminalisierung und Gewalt gegenüber Menschenrechtsverteidiger:innen durch staatliche Sicherheitsorgane, Behördenmitarbeiter:innen und Regierungsbeamten muss unverzüglich beendet werden. Insbesondere sollte sichergestellt werden, dass das philippinische Anti-Terrorismus-Gesetz (Anti-Terrorism Act/ATA) sowie das Gesetz zur Verhinderung und Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung (Republic Act 10168) nicht zur Diffamierung und Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger:innen missbraucht wird. Zudem sollte die nationale Taskforce zur Beendigung des lokalen kommunistischen bewaffneten Konflikts (National Task Force to End Local Communist Armed Conflict/NTF-ELCAC) abgeschafft werden.
- » Der Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen vor Belästigung, Diffamierung, Gewalt und Ermordung sollte gemäß der UN-Deklaration für Menschenrechtsverteidiger:innen in nationales Recht umgesetzt werden. Dies gilt insbesondere für bestehende Gesetze wie das philippinische Gesetz über die Rechte indigener Völker (Indigenous Peoples' Rights Act/IPRA) und Gesetzesvorschläge bspw. zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen (Human Rights Defenders Protection Act), gegen „red-tagging“ (Anti-Red-tagging Act) und zur Erweiterung des Mandats der philippinischen Menschenrechtskommission (Commission on Human Rights/CHR), die CHR-Charta.

^{xviii} Im Rahmen des Projekts „Double Barrel“ wurden sogenannte „Beobachtungslisten“ von Drogenkonsument:innen und Drogendealer:innen erstellt, die dann von der örtlichen Polizei oder Gemeindebehörden aufgesucht und zu einem Geständnis gedrängt wurden. „Tok-hang“ bedeutet übersetzt „anklopfen und bitten“ und bezieht sich auf diese Hausbesuche.

- » Das Anti-Terrorismus-Gesetz sollte so abgeändert werden, dass es internationalen Menschenrechtsstandards entspricht und insbesondere im Einklang steht mit den demokratischen Rechtsstaatlichkeits-

prinzipien wie der Unschuldsvermutung nach Artikel III, Absatz 14 (2) der philippinischen Verfassung.

- » Es sollte sichergestellt werden, dass Staatsanwält:innen und Richter:innen im Falle offenkundig konstruierter Anklagen unter Vorlage entlastender Beweise gemäß Artikel 14 der UN-Richtlinien zur Rolle von Staatsanwält:innen keine Strafverfahren gegen Menschenrechtsverteidiger:innen einleiten. In diesem Zusammenhang muss die Unabhängigkeit der Justiz gemäß Artikel 14 (1) des UN-Zivilpakts gewährleistet werden.
- » Alle Verleumdungsgesetze, d.h. Artikel 353–355 und 358–362 des philippinischen Strafgesetzbuchs (Revised Penal Code) sowie Abschnitt 4c (4) des Gesetzes zur Verhinderung von Cyberkriminalität (Cybercrime Prevention Act) von 2012 sollten erneut geprüft werden. Falls nötig sind sie in Einklang zu bringen mit Artikel 19 des UN-Zivilpakts und mit dem UN-Generalkommentar 34, damit jedes Risiko des Missbrauchs und der ungerechtfertigten politischen Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen ausgeschlossen ist.
- » Das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (International Convention for the Protection of All Persons from Enforced Disappearance) sollte ratifiziert und seine

Bestimmungen in nationales Recht umgesetzt werden. Dadurch sollte sichergestellt werden, dass die nationale Gesetzgebung zum Verschwindenlassen (Anti-Enforced Disappearance Act) und den internationalen Standards übereinstimmt und auch konsequent umgesetzt wird.

KOOPERATION MIT INTERNATIONALEN MENSCHENRECHTSMECHANISMEN

- » Das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) sollte erneut ratifiziert werden. Außerdem sollte vollumfänglich mit den unabhängigen Ermittler:innen des IStGH, mit internationalen Menschenrechtsmechanismen sowie mit dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights/OHCHR) kooperiert werden.
- » Allen themenbezogenen UN-Sonderberichterstatter:innen und Arbeitsgruppen des UNHRC sollte eine vollumfängliche Kooperation zugesichert und eine dauerhafte Einladung für Besuche vor Ort ausgesprochen werden.

Zudem sollten sich die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten für folgende Empfehlungen einsetzen:

- » Das Allgemeine Präferenzsystem Plus (Generalized Scheme of Preferences/GSP+) sollte genutzt werden, um eine eindeutige Verbesserung der Menschenrechtsslage zu erreichen, insbesondere im Hinblick auf das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit.
- » In den jährlichen EU-Menschenrechtsdialogen sollte die philippinische Regierung konsequent auf ihre Verpflichtungen zur Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards im gemeinsamen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen hingewiesen werden. Dabei sollten auch mögliche Konsequenzen

für die Zusammenarbeit ausgesprochen werden, falls keine adäquaten Maßnahmen zur Beendigung von Straflosigkeit und schwerer Menschenrechtsverletzungen in den Philippinen ergriffen werden.

- » In den Botschaften der EU-Mitgliedsstaaten in Manila sollten die Stellen von Menschenrechtsreferent:innen eingerichtet bzw. verlängert werden, wie bereits in der deutschen Botschaft geschehen. Nur so kann die Menschenrechtsperspektive in den jeweiligen Außenministerien bzw. dem Auswärtigen Amt gestärkt und es können Kontakte mit Betroffenen sowie der Zivil-

gesellschaft vertieft werden. Programme zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen sollten fortgeführt und ausgebaut werden.

- » Menschenrechtsthemen sollten trotz geopolitischer Herausforderungen in der Indo-Pazifik-Region und trotz wirtschaftlicher Interessen in bi- und multilateralen Dialogen mit der philippinischen Regierung priorisiert werden.

- » Das EU Global Human Rights Sanctions Regime sollte, wie bereits vom IStGH festgestellt, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit der Anti-Drogen-Kampagne unter Ex-Präsident Rodrigo Duterte angewendet werden. Darüber hinaus sollte gegen die Verantwortlichen Sanktionen verhängt werden, etwa das Einfrieren von Vermögenswerten sowie Einreise- bzw. Visaverbote.

Andere internationale Akteur:innen sollten sich für folgende Empfehlungen einsetzen:

- » Es ist dringend geboten, einen internationalen Mechanismus zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in den Philippinen durch den UNHRC einzurichten. Dies sollte mit Nachdruck eingefordert werden.

- » Gerichtsverfahren gegen kriminalisierte Menschenrechtsverteidiger:innen sollten von Diplomaten:innen in den Philippinen beobachtet, die Anwendung prozessualer Mindeststandards überprüft und deren Einhaltung ggf. eingefordert werden.

ENDNOTEN

- 1 Rappler, „The Slingshot, How many were really EJK'd under Duterte?“, 8. Januar 2024, bit.ly/4bfR4P3.
- 2 Rappler, „Police use Marcos-time policy to keep CHR in the dark in drug war probe“, 29. Oktober 2024, bit.ly/4v3c6ez.
- 3 Philstar, „Under Marcos, PNP still withholding drug war files from CHR“, 29. Oktober 2024, bit.ly/4sL8xrX.
- 4 Malacañan Palace by the President of the Philippines, „Memorandum Circular No. 15, Updating the inventory of exceptions to the right to access to information under Executive Order No. 02“, 15. März 2023, bit.ly/4tqod3Q.
- 5 Bulatlat, „Duterte administration blocked drug war victims' access to justice, lawyers say“, 31. Oktober 2024, bit.ly/4sb6xhc.
- 6 Rappler, „Quad committee seeks reopening PNP's drug war cases“, 22. Januar 2025, bit.ly/4bK2QV5.
- 7 Inquirer, „What the truth commission can investigate“, 4. Juni 2026, bit.ly/3QpVGxi.
- 8 Rappler, „Accepting Asia's highest honor, Father Flavie calls for drug war truth commission“, 7. November 2025, bit.ly/3PEjJL.
- 9 Manila Bulletin, „House doubles down on quad-comm's recommendation to file criminal raps vs Duterte“, 11. Juni 2025, bit.ly/4s3q65n.
- 10 Inquirer, „House tags Duterte, et al. for 'crimes against humanity'“, 19. Dezember 2024, bit.ly/3PAFs3N.
- 11 Rappler, „Can human rights and death penalty co-exist? House quad comm report seems to think so.“, 23. Dezember 2024, bit.ly/485vkGq.
- 12 Rappler, „[OPINION] Is there a need to specifically define and penalize EJK?“, 26. Dezember 2024, bit.ly/4coNQ47.
- 13 Rappler, „It's final, Sara Duterte impeachment is 'unconstitutional.' Here's why.“, 30. Januar 2026, bit.ly/419kr2B. East Asia Forum, „Duterte's impeachment and the spectacle of Philippine politics“, 25. Februar 2025, bit.ly/4bWvqBo.
- 14 Dahas Project, „2026 Sources“, bit.ly/4eQ53QH.
- 15 University of the Philippines, „On 117th anniv, UP reaffirms commitment to advance rights, justice with National Forensics Institute launch“, 20. Juni 2025, bit.ly/4vmemhh.
- 16 Manila Bulletin, „The Mandatory Autopsy Bill: Why it is important“, 26. August 2025, bit.ly/4dgGzPQ.
- 17 Philstar, „Group scores NTF-ELCAC for equating human rights work with terrorism“, 15. März 2023, bit.ly/3xWjIGN.
- 18 Inquirer, „Journalist, church worker found guilty of 'terrorism financing'“, 23. Januar 2026, bit.ly/4sbuzkh.
- 19 Reporter Without Borders, „Who is Frenchie Mae Cumpio, the iconic Filipino journalist held behind bars for six years?“, 5. Februar 2026, bit.ly/4szNWov.
- 20 Defend NGOs Alliance, „Defend NGOs welcomes dismissal of PDG case; renews call to end attacks on NGOs“, 6. Mai 2025, bit.ly/4sJ7F6R.
- 21 Leyte-Samar Daily Express, „RTC junks terrorism financing charges vs Leyte NGO exec over lack of published terrorist designation“, 9. März 2026, bit.ly/4bY1nH.
- 22 United Nations, „Guidelines on the Role of Prosecutors, adopted by the Eighth United Nations Congress on the Prevention of Crime and the Treatment of Offenders“ (27. August – 7. September 1990 in Havanna, Kuba), gebilligt durch UN-Resolution 45/120 vom 7. Dezember 1990, bit.ly/4uvVKJY.
- 23 Global Witness, „Roots of resistance“, 17. September 2025, bit.ly/417VBQA.
- 24 GMA Network, „LIST: Personalities with arrest warrants in high profile cases“, 15. Januar 2026, bit.ly/4sQqMMw.
- 25 Republic of the Philippines, Quezon City Council, „An Ordinance Defending the Rights and Fundamental Freedoms of Human Rights Defenders in Quezon City, Declaring the Responsibilities of the Quezon City Government, Instituting Effective Mechanisms for their Protection and Promotion, and for Other Purposes“, Ordinance No. SP-3412, S-2025, 25. März 2025, bit.ly/4dnDbmo.
- 26 ABS-CBN, „De Lima files House resolutions calling for inquiry into implementation of anti-terrorism laws“, 17. Februar 2026, bit.ly/4mozoNT.
- 27 Senate of the Philippines, „Protecting lives, ending fear Jinggoy files bill to criminalize red-tagging“, 13. Januar 2026, bit.ly/4s6zdCc.
- 28 National Task Force to End Local Communist Armed Conflict, „A Shield for Impunity: A Statement on the Proposed Anti-Red-Tagging Bill“, 2. Juli 2025, bit.ly/4v2GFRI.
- 29 Philstar, „Group scores NTF-ELCAC for equating human rights work with terrorism“, 15. März 2023, bit.ly/3xWjIGN.
- 30 Bulatlat, „UN expert recommends NTF-ELCAC abolition amid rampant red-tagging and media attacks“, 19. Juni 2025, bit.ly/4bPtZVa.
- 31 Manila Times, „Lawmaker questions 340% NTF-ELCAC budget increase“, 9. September 2025, bit.ly/4tIJR9e.
- 32 Focus on the Global South, „Lever or Shackle“, 27. Juni 2025, bit.ly/4bYEK7E. Focus on the Global South, „Trade Justice Pilipinas: Halt the Philippines-EU FTA — Don't Trade Away Workers' Right, and our development policy space“, 17. Februar 2026, bit.ly/3Oe6opu.
- 33 Malacañan Palace by the President of the Philippines, „Executive Order No. 18, Constituting Green Lanes for Strategic Investments“, 23. Februar 2023, bit.ly/4bX2OrF.
- 34 Alyansa Tigil Mina, „Energy Transition Minerals: Digging Out The Critical Issues“, Oktober 2024, bit.ly/4m3Lvdb.
- 35 Amnesty International Philippines, „Philippines: Nickel mining projects approved despite inadequate consultation and serious risks to communities' health and environment“, 9. Januar 2025, bit.ly/3Oa81Vc.
- 36 Heinrich Böll Stiftung, „Alternatives to Extractivism: Last Hope for Protecting 'What Has Not Yet Been Lost'“, 15. Januar 2026, bit.ly/3NTK1pi.
- 37 European Commission, „Sustainability Impact Assessment (SIA) in support of Free Trade Agreement (FTA) negotiations between the European Union and the Philippines – Final Report“, 7. August 2019, bit.ly/47wuVN5.
- 38 European Commission, „Question for written answer E-001506/25 to the Commission Jonas Sjöstedt (The Left)“, 11. April 2025, bit.ly/4trt84x.

LISTE GETÖTETER MENSCHENRECHTS- VERTEIDIGER:INNEN UND JOURNALIST:INNEN IN DEN PHILIPPINEN

1. Juli 2024 bis 31. März 2026

Name	Datum	Ort	Vermuteter Hintergrund	Zugehörigkeit des Opfers	Mutmaßliche Täter:innen (wenn bekannt)
Alberto Ortula Cuartero, Ronde Arpilleda Asis (Begleiter)	22.09.2024	Madrid, Surigao del Sur	Indigenenrechte, Bergbau	Cuartero war Kritiker des Bergbaus, Umwelt- und Menschenrechtsaktivist sowie Barangay-Vorsteher von Puyat, Carmen und Surigao del Sur.	Unbekannt
Juan „Johnny“ Dayang	29.04.2025	Kalibo, Aklan	Meinungsfreiheit	Journalist im Ruhestand; ehemaliger Präsident der Publishers Association of the Philippines Incorporated (PAPI); Herausgeber von „Philippine Graphics“; ehemaliger Präsident des Manila Overseas Press Club (MOPC) sowie Direktor und Vorstandssekretär des National Press Club (NPC).	Unbekannt; BB Boy Kim Wency Antonio (Verdächtiger)
Ali Jejhon Macalintal	23.06.2025	General Santos City	LGBTIQ+-Rechte, Indigenenrechte, Meinungsfreiheit	Transgender-Aktivistin, die als Radiokommentatorin tätig war; stellvertretende Generalsekretärin von Karapatan in General Santos City bis 2018.	Unbekannt
Erwin „Boy Pana“ Segovia	21.07.2025	Bislig City, Surigao del Sur	Meinungsfreiheit	Radiomoderator; befasste sich mit der Situation an öffentlichen Grundschulen und von örtlichen Tricycle-Fahrer:innen.	Unbekannt
Rudolph Dela Cruz Espe, Rico Gonzaga Malubay	26.07.2025	Banaybanay, Davao Oriental	Indigenenrechte, Bäuer:innenrechte, Bergbau	Rechtsassistenten auf Graswurzelebene; Gemeindevorsteher; Espe war Kritiker des Abbaus von Laterit.	Unbekannt
Noel Bellen Samar	21.10.2025	Guinobatan, Albay	Meinungsfreiheit	Moderator und Radiojournalist bei den lokalen Radiosendern DWIZ News FM und Kadunong ITV (am 20.10.2025 angeschossen, am Folgetag im Krankenhaus verstorben).	Unbekannt
Warlita Jimenez	23.12.2025	Kabankalan City, Negros Occidental	Bäuer:innenrechte, Arbeiter:innenrechte	Mitglied der Vereinigung National Federation of Sugar Workers und von Pammaca, einem Verband von Kleinbäuer:innen und Befürworter:innen der Agrarreform in Barangay Camansi.	Unbekannt
Julito „Jaz“ Diamante Calo^{xix}	20.03.2026	La Castellana Town, Negros Occidental	Meinungsfreiheit	Radiomoderator bzw. Reporter bei DNN News FM mit Sitz in Himamaylan City.	Unbekannt

^{xix} Es ist noch unklar, ob der Mord im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Journalist zu sehen ist (Stand: 07.04.2026).

Disclaimer:

Diese Übersicht umfasst neun Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen sowie einen Begleiter, die zwischen dem 1. Juli 2024 und dem 31. März 2026 in den Philippinen getötet wurden. Die Klassifizierung des Begriffs „Menschenrechtsverteidiger:in“ folgt dabei der Definition des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights/OHCHR). Sie versteht darunter Menschen, die sich gewaltfrei allein oder zusammen mit anderen für die Förderung oder den Schutz der Menschenrechte einsetzen. Es wurden nur Fälle aufgenommen, in denen der Tod des Opfers bestätigt wurde. Fälle von Zwangsverschleppungen und gewaltsamem Verschwindenlassen, bei denen der Aufenthaltsort der Opfer unbekannt bleibt, sind somit ausgeschlossen. Unsere Informationen stammen größtenteils aus öffentlich zugänglichen Quellen, von lokalen Menschenrechtsorganisationen und seriösen Medienberichten. In allen Fällen liegt eine Verbindung zur Tätigkeit des Opfers nahe. Die Spalte „Vermuteter Hintergrund“ zeigt auf, auf welche Aktivitäten des Opfers dessen Ermordung wahrscheinlich zurückzuführen ist. Da in keinem der genannten Fälle bislang eine Verurteilung bekannt ist, sind die Angaben zum Motiv der mutmaßlichen Täter:innen nicht zweifelsfrei nachweisbar. Auf Grundlage der von unseren Quellen erhobenen Anschuldigungen haben wir außerdem die mutmaßlichen Täter:innen angeführt. Auch diese Angaben lassen sich mangels Verurteilungen nicht unabhängig überprüfen.

Aktionsbündnis Menschenrechte –
Philippinen (AMP)
c/o philippinenbüro e. V.
Hohenzollernring 52
50672 Köln · Deutschland
info@amp.ngo · www.amp.ngo

ISBN 978-3-9829091-0-3

amp aktionsbündnis
menschenrechte
philippinen

